

Gabriela König MdL

Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Gerberhof 10, 49074 Osnabrück



Kontakt:

FDP-Fraktion im Nds. Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511 – 3030 - 3413
Telefax 0511 – 3030 - 4863
E-Mail: Gabriela.Koenig@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Osnabrück
Telefon 0541 – 2027644
Telefax 0541 – 2026832
E-Mail: info@gabriela-koenig.de

Aktionärsrechte stärken!

Rede vom 18. April 2013, 6. Sitzung, Tagesordnungspunkt 16
Erste Beratung

Den Antrag der Fraktion der CDU finden Sie in der Drucksache [17/72](#).

Weitere Redner waren:

Dirk Toepffer (CDU), Gerd Ludwig Will (SPD) und Maaret Westphely (GRÜNE).

Auszug aus dem Stenografischen Bericht der 17. Wahlperiode

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Nun hat Frau König für die FDP-Fraktion das Wort.

Gabriela König (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Aktionärsrechte stärken!“ bedeutet nicht weniger, als dass die Eigentümer einer Firma über die Höhe der Gehälter, insbesondere der Geschäftsführergehälter, entscheiden sollen. Das ist auch genau der richtige Weg; denn niemand anders sollte sich in privatwirtschaftliche Belange einmischen. Wer, wie die SPD, politisch motiviert Mindest- und Höchstlöhne festlegen will, legt Hand an die soziale Marktwirtschaft und an das Funktionieren des Wettbewerbs.

(Zuruf von der SPD: Das ist Ihre Ideologie!)

Sie, das linke Parteienspektrum, schaffen - anders als es Ihre Aufgabe in der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik wäre - keinen Rahmen. Sie pfuschen der Tarifautonomie ins Handwerk. Die SPD gefährdet die Gewährleistung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs und somit die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland.

Meine Damen und Herren, ich kann dem Antrag der CDU sehr viel abgewinnen. Die Stärkung der Aktionärsrechte und damit der Eigentümer sorgt für eine gerechte und leistungsbezogene Entlohnung der Manager und Geschäftsführer, und das ganz ohne staatliche Eingriffe.

Die Schweizer Volksabstimmung über ausufernde Managergehälter und -boni hat uns gezeigt, dass es richtig ist, auf diesem Feld zu handeln. Allein die Tatsache, dass bislang nur der Aufsichtsrat über die Gehälter, Boni, Tantiemen und Abfindungen zu entscheiden hatte, war unzeitgemäß.

**Gabriela König MdL, Aktionärsrechte stärken! Rede vom 18. April 2013, 6. Sitzung,
Tagesordnungspunkt 16, Erste Beratung**

Meine Damen und Herren, was einmal ein ausgewogenes und in der Gesellschaft verankertes System war, in dem Gewerkschaften, Aktionärsvertreter und Geschäftsleitungen zu befinden hatten, ist heute mehr und mehr einer Selbstbedienungsmentalität gewichen. Niemand bestreitet, dass gute Führungskräfte für ihre Leistungen auch überdurchschnittlich gut entlohnt werden müssen. Leistung muss sich weiterhin lohnen!

(Zuruf von der SPD: Sagt die FDP!)

Ohne diese Anreize bekommt man keine Spitzenkräfte.

Wie handhabt es nun eigentlich die sozialdemokratisch geführte Niedersächsische Landesregierung? - Dort, wo Sie, Herr Ministerpräsident - wenn er denn da wäre -, Verantwortung tragen - beispielsweise im Aufsichtsrat von VW -, werden Gehälter und Zuschläge genehmigt, die den Vorstellungen und Forderungen der Sozialdemokraten mehr als widersprechen.

(Jörg Bode [FDP]: Ach?)

Wie erklären Sie es eigentlich Ihren Genossen - die fordern, dass Bonuszahlungen nur in Höhe des Festgehalmtes ausgezahlt werden -, dass Sie zusammen mit Herrn Lies, unserem Wirtschaftsminister, ein Vielfaches dessen, in diesem Fall mehr als das Dreifache genehmigen?

(Jörg Bode [FDP]: Ach? - Helge Limburg [GRÜNE]: Was hat denn Herr Bode damals bekommen?)

Sie zetteln eine Neiddebatte an, die dem Standort Deutschland schadet, und befeuern diese dann auch noch durch Beschlüsse in Aufsichtsräten, in denen Sie zusammen mit den Gewerkschaften sitzen. Das ist schon merkwürdig. Der Volksmund, meine Damen und Herren, nennt so etwas Doppelmoral mit Hang zur Schizophrenie.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

- So nennt man das, wenn man nicht mehr weiß, was man selbst entschieden hat.

Nach Ihrem Gorleben-Debakel zeichnet sich somit der nächste Vertrauensbruch gegenüber den Wählerinnen und Wählern ab.

Wir wollen die Rechte der Aktionäre und damit die Eigentümer stärken, so wie es die Schweizer vorgegeben haben. Dabei geht es uns nicht darum, eine gesellschaftliche Neiddebatte und die Spaltung der Gesellschaft hervorzurufen. Wir wollen ein verstärktes Mitspracherecht bei der Gehaltsfindung einräumen. Wir wollen, wie die Schweizer, auf starre Grenzen verzichten. Starre Grenzen sind vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Unternehmensstrukturen, Erfolgsbilanzen und der internationalen Verflechtung unklug. Und wir wollen differenzierte und anspruchsvolle Regelungen, die auch greifen. Das alles stärkt die soziale Marktwirtschaft, die wir ebenfalls wollen. Eigentum, Verantwortung und Vergütung stehen in einem inneren Zusammenhang.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Frau König, können wir uns darauf verständigen, dass die Verwendung des Wortes „Schizophrenie“ in diesem Zusammenhang unparlamentarisch ist?

(Gabriela König [FDP]: Ja! - Beifall bei der SPD)

Am Ende der Beratung erfolgte eine Ausschussüberweisung:

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit schließe ich die Beratung. Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Federführend soll der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sein,

**Gabriela König MdL, Aktionärsrechte stärken! Rede vom 18. April 2013, 6. Sitzung,
Tagesordnungspunkt 16, Erste Beratung**

mitberatend der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so beschlossen worden.